



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-110  
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:  
Jens Christian Kage  
Pressesprecher

[Jens.C.Kage@bfw-bund.de](mailto:Jens.C.Kage@bfw-bund.de)  
[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)  
[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)

Twitter: @BFWBund

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Nicht nachhaltig und unsozial: Entwurf der GEG-Novelle macht Wohnen teurer**

**Berlin, 28.02.2023. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen reagiert mit Unverständnis auf den Referentenentwurf zum Gebäudeenergiegesetz (GEG). „Seit Monaten suchen alle nach Möglichkeiten der Entlastung, hier wird eine neue finanzielle Belastung aus der Luft gegriffen. Ohne Not wird so Wohnen in Deutschland noch teurer werden. Was sozial nicht tragfähig und wirtschaftlich nicht darstellbar ist, ist auch nicht nachhaltig“, erklärte BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.**

„Wohnen wird noch teurer werden, die Mieter sind die Leidtragenden dieser Maßnahmen. Hohe Kosten, die durch das Umrüsten der Heizungsanlagen entstehen werden, führen zu höheren Mieten. Die Kosten werden alle tragen müssen. Wer soll das am Ende alles bezahlen? Das Ganze führt zur finanziellen Überforderung von allen Beteiligten. Dazu kommt der Mangel an Fachkräften. Die Handwerker und Fachkräfte, die das umsetzen sollen, stehen gar nicht zur Verfügung. Das alles erinnert an „Wünsch Dir was“ und nicht an kluge, abwägende Klima- und Wirtschaftspolitik“, so der BFW-Präsident.

„Dieser Referentenentwurf lässt die Wirtschaftlichkeit und die soziale Zumutbarkeit aus den Augen. Zudem wird wieder allein auf Effizienz und nicht auf die Emissionen fokussiert. Das hat weder Maß noch Mitte, ist nicht nachhaltig und würde so umgesetzt zu sozialen Verwerfungen führen. Bundeskanzler Scholz und Bauministerin Geywitz müssen Herrn Habeck die gesamtgesellschaftliche Dimension und die Folgen seiner Vorschläge deutlich machen. Klima und Soziales gehören zusammen“, sagte Salewski.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.